

Inhalt:

Aus: epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 26_2015**

- **Evangelische Friedensarbeit Erinnerung an hingerichteten Kriegsdienstverweigerer Stöhr Bonn** (epd).
- **Papst rüttelt Weltgemeinschaft auf Umwelt-Enzyklika gegen übermäßigen Konsum und Raubbau an der Natur**
- **Protestanten loben Umwelt-Enzyklika des Papstes Fürstenfeldbruck/Hannover** (epd).
- **Kirchenkreis Siegen Menschenkette für friedliches Miteinander geplant Siegen** (epd).
- **Expertin: Kinder leiden besonders unter Kriegstraumata Hannover/Düsseldorf** (epd).
- **Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Navid Kermani Börsenverein würdigt »eine der wichtigsten Stimmen unserer Gesellschaft«**
- **Kolumbien Guerilla will Kindersoldaten entlassen Rio de Janeiro** (epd).

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

- Dossier Islamismus - Syrien-Ausreisende und -Rückkehrer
Kurzdossier Zuwanderung, Flucht und Asyl - Deutsche Asylpolitik und EU-Flüchtlingsschutz im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
Fluter.de - Pressefreiheit
Aus Politik und Zeitgeschichte - Flucht und Asyl
Schriftenreihe - Pegida
Schriftenreihe - Alle da! Unser kunterbuntes Leben.
Schriftenreihe - Foodmonopoly
Dokumentation - Erinnern lernen. Lernen durch Erinnern

Aus: epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 25_2015**

- **Klimakonferenz Pilger fordern Klimagerechtigkeit**
- **EKD-Friedensbeauftragter: Thema Frieden kam auf Kirchentag zu kurz**
- **Ökumene Friedensgebet für verfolgte Christen**
- **Papst ruft Putin zu »ehrlichen Friedensbemühungen« auf**
- **Protest gegen Deutsche Bank »Ordensleute für den Frieden« errichten zum Jubiläum eine Slumhütte**
- **Studie: Kinder pulen Garnelen für Europa**
- **Westfälische Kirche gratuliert zu 40 Jahren »Oikocredit«**
- **Nigeria Bischof sieht erste Erfolge im Kampf gegen Boko Haram**
- **Etwa 500 Atomwaffen weniger weltweit**

Bundeszentrale für politische Bildung

- Rezension - Schriftenreihe "Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier"

Infobrief Frieden Juni 2015 Nr.

23.06.2015

Aus: epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 26_2015**

Evangelische Friedensarbeit Erinnerung an hingerichteten Kriegsdienstverweigerer Stöhr Bonn (epd).

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat an den Kriegsdienstverweigerer Hermann Stöhr erinnert, der während der NS-Zeit hingerichtet wurde. Stöhr sei der einzige bekannte evangelische Christ, der als Kriegsdienstverweigerer vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt wurde, wie der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) am Freitag in Bonn mitteilten. Stöhr sei vor 75 Jahren - am 21. Juni 1940 - hingerichtet worden, weil er aus Gewissensgründen den Wehrdienst abgelehnt habe. »Hermann Stöhr ist als Christ nur seinem Gewissen gefolgt. Er hat sein Nein zum Dienst in Hitlers Wehrmacht mutig und konsequent zum Ausdruck gebracht und dafür mit dem Leben bezahlt«, sagte der EKD-Friedensbeauftragte. Mit seinem christlichen Glaubenszeugnis und seinem unerschütterlichen Eintreten für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern gehöre Stöhr zu den Menschen, die nicht in Vergessenheit geraten dürften, betonte Brahms. Der 1898 geborene Stöhr hatte sich nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg in der ökumenischen Bewegung und im Versöhnungsbund engagiert. Bereits früh nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten klagte er die Verfolgung von Juden an und forderte seine Kirche auf, sich für die Menschen in den Konzentrationslagern einzusetzen. Als er zur Kriegsmarine einberufen wurde, lehnte er dies im März 1939 ab. Weil er weiteren Einberufungsbefehlen nicht nachkam, wurde er verhaftet und wegen Fahnenflucht zu Gefängnis verurteilt. Aufgrund einer Eidesverweigerung verurteilte ihn das Reichskriegsgericht 1940 zum Tode. Das Urteil wurde im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee vollstreckt. Das Landgericht Berlin hob das Urteil 1997 auf, in Berlin wurde ein Platz nach Stöhr benannt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 26_2015 Seite _5**

Papst rüttelt Weltgemeinschaft auf Umwelt-Enzyklika gegen übermäßigen Konsum und Raubbau an der Natur

Rom/Berlin (epd). Kapitalismuskritik und Aufruf zu mehr Bescheidenheit: Mit deutlichen Worten hat Papst Franziskus in seiner Umwelt-Enzyklika einen schonenderen Umgang mit dem Planeten Erde gefordert. Der »unverantwortliche Gebrauch und Missbrauch« der Natur habe vor allem für die Armen in den Entwicklungsländern negative Folgen, rügt Franziskus in dem Lehrschreiben, das am 18. Juni vorgestellt wurde. Politiker, Kirchen und Wissenschaftler reagierten mit breiter Zustimmung. **»Sorge für das gemeinsame Haus«** Es ist die zweite Enzyklika des seit März 2013 amtierenden Franziskus und die erste eines Papstes zum Thema Umwelt. Die Schrift umfasst rund 220 Seiten und

trägt den Titel »Laudato si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus«. Ihre Veröffentlichung war mit Spannung erwartet worden. Der Papst wirft in der Schrift unter anderem der Politik vor, bei Umweltfragen versagt zu haben, indem sie sich Technologie und Finanzwelt untergeordnet habe. Das Prinzip der Profitmaximierung stelle eine »Verzerrung des Wirtschaftsbegriffs« dar. Zugleich fordert Franziskus »jeden Menschen, der auf diesem Planeten wohnt«, zum Verzicht auf übermäßigen Konsum auf. »Die Erde scheint sich immer mehr in eine unermessliche Mülldeponie zu verwandeln«, schreibt der Papst. Ein Lebensstil im Zeichen der Mäßigung sei befreiend und bedeute »nicht weniger Leben, nicht geringere Intensität, sondern ganz das Gegenteil«. Das Oberhaupt der katholische Kirche beklagt weiter, heutige Generationen seien in der Überzeugung aufgewachsen, »Eigentümer und Herrscher« über die Natur zu sein und diese ausbeuten zu dürfen. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger hätten die Menschen der modernen Industriegesellschaften den Klimawandel jedoch selbst verursacht, der nun die Bevölkerung von Entwicklungsländern zu Flüchtlingen mache. Der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber sagte im Vatikan, das Lehrschreiben komme in einem »entscheidenden Moment für die Geschichte der Menschheit«. Es sei notwendig, die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten und gleichzeitig die Entwicklung in armen Ländern zu fördern. »Wenn es nicht gelingt, die Emissionen stark zu senken, werden wir uns, unsere Nachbarn und unsere Kinder untragbaren Risiken aussetzen«, betonte der Wissenschaftler. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bezeichnete die Enzyklika als »Ansporn für alle, sich für engagierten Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen« und hob die besondere Verantwortung der wohlhabenden Länder hervor. Sie hoffe, die Argumente des Papstes überzeugten »insbesondere die konservativen Kreise, die die enorme Brisanz des Klimawandels kleinreden wollen«. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Franz Josef Jung (CDU), wertete die Enzyklika als deutliche Aufforderung, das Erbe der Schöpfung zu bewahren und verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen. Die katholische Kirche habe erneut bewiesen, dass sie bei zentralen Fragen des Zusammenlebens Orientierung biete. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Anton Hofreiter, bezeichnete die Schrift als »Weckruf für eine moderne Umweltpolitik.« Der Papst beschreibe zielsicher die ökologischen Grenzen des Planeten und die existenziellen Risiken für die Menschheit. Die klimapolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, begrüßte »die laute Kritik an neoliberalen Rezepten zur politischen Bearbeitung aktueller Krisen«. Armut und Zerstörung der Natur gingen immer Hand in Hand. **EKD: Große Zustimmung zu Kernaussagen** Auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, drückte seine »große Zustimmung zu den Kernaussagen« der Enzyklika aus. Er wünsche dem Werk »von Herzen eine breite internationale Aufmerksamkeit«. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, sagte, die Botschaft der Schrift sei nicht bequem und rüttle wach. Der Papst setze auf die Verantwortung aller Menschen »im gemeinsamen Haus der Erde«, fügte er hinzu. Michael Schäfers von der Katholischen Arbeitnehmer- Bewegung sagte, der Papst entwickle in der Enzyklika eine neue Ethik für soziale Basis-Bewegungen. Allerdings fehlten konkrete Handlungsanweisungen für die Neugestaltung von Arbeit. Nahezu jede Form menschlicher Betätigung ziehe auch eine Schädigung oder Zerstörung von Natur nach sich. Der Papst habe »sehr deutlich gemacht, dass es höchste Zeit ist, die Weichen in Richtung nachhaltige Zukunft zu stellen«, sagte der Vorstand des World Wide Fund For Nature in Deutschland, Eberhard Brandes. Es sei gut, dass Franziskus Skeptikern entgegengetrete und sich »der etablierten Wissenschaftsmeinung anschließt, wonach der Klimawandel größtenteils menschengemacht ist«, ergänzte er. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßte die Schrift als »gelungene Provokation«. *Von Johannes Süßmann (epd)*

Protestanten loben Umwelt-Enzyklika des Papstes Fürstenfeldbruck/Hannover (epd).

Viel Lob für den Papst: Die Umwelt-Enzyklika von Franziskus ist bei den Protestanten auf große Zustimmung gestoßen. Viele der angemahnten Punkte zu weltweiter Ungerechtigkeit und Klima würden von der evangelischen Kirche seit Jahren vertreten, sagte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, am 19. Juni in Fürstenfeldbruck bei München. Auch der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch- Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Bischof Karl- Hinrich Manzke, und die Hamburg-Lübecker Bischöfin Kirsten Fehrs würdigten das päpstliche Lehrschreiben. In seiner in der vergangenen Woche veröffentlichten Enzyklika »Laudato si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus« übte das römisch-katholische Kirchenoberhaupt scharfe Kritik am Umgang der Menschen mit dem Planeten. Der Papst zeigt sich darin in großer Sorge um die Schöpfung und fordert ein weltweites Umdenken zu ihrem Erhalt. Die reichen Staaten müssten ihr Verhalten überdenken und dürften nicht dauerhaft auf Kosten der ärmeren leben, bekräftigte Bedford-Strohm. So würden in den USA jährlich 18 Tonnen CO2 pro Kopf ausgestoßen und in Deutschland zehn Tonnen, während es in ärmeren Ländern nur ein Bruchteil sei. Die ärmsten Länder seien aber die ersten Opfer des Klimawandels, beispielsweise durch Dürren. »Ich glaube, ich lebe glücklicher, wenn ich aufhöre gegen die anderen zu leben«, sagte der bayerische Landesbischof. Er forderte ein umwelt- und klimapolitischer Umdenken auf allen Eben. Auch jeder Einzelne müsse neue Umgangsformen mit Ressourcen finden. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, lobte auf der gleichen Ökumene-Veranstaltung in Fürstenfeldbruck: »Die Enzyklika ist ein großer Wurf und ein reicher Schatz an Impulsen.« Marx übte scharfe Kritik am Kapitalismus. Dass dieser sich als Wirtschaftssystem zunehmend durchsetze und die Armen dabei auf der Strecke blieben, »das dürfen wir nicht akzeptieren«, sagte er. Soziale Marktwirtschaft sei nicht dasselbe wie Kapitalismus. »Wir müssen über den Kapitalismus hinausdenken«, forderte der Kardinal. Marx betonte - wie auch Bedford-Strohm - die große Verantwortung der Kirche. Es werde oft so getan, als sei die große Zeit des Christentums vorbei, dabei »liegt die große Geschichte erst vor uns«, sagte er. Bei den großen Themen der Menschheit wie Klima, Bewahrung der Schöpfung oder universelle Menschenrechte müsse sich das Christentum einbringen. Die Menschen sollten ihre Vorstellungen von gutem Leben überdenken. Der Catholica-Beauftragte der lutherischen VELKD Kirchen, Bischof Karl-Hinrich Manzke (Bückeburg), würdigte die Enzyklika als »Impuls für einen 'neuen Dialog' über die Gestaltung der Zukunft unseres Planeten«. Der päpstliche Text zeichne sich durch ein hohes Maß an Sachkenntnis aus. In wünschenswerter Deutlichkeit weise er auf den unauflöselichen Zusammenhang hin zwischen dem Umgang mit der Natur und der kulturellen Krise des menschlichen Zusammenlebens, erklärte Manzke in einer am Samstag in Hannover veröffentlichten Stellungnahme. Franziskus propagiere eine »ökologische Umkehr«, für die Tugenden wie Dankbarkeit, Gemeinsinn und Demut leitend seien, so Manzke. Angesichts der globalen ökologischen Herausforderung täten die Kirchen gut, daran, sich der »Sorge um das gemeinsame Haus« gemeinsam zu stellen. Bischöfin Fehrs nannte die Papst-Enzyklika »beeindruckend«. Weltweit wachse das Bewusstsein für den Klimaschutz, sagte sie am Sonntag bei der Hamburger Fahrradsternfahrt. Daran nahmen mehrere Tausend Radler teil. Die Aktion wirbt für mehr Radverkehr und eine umweltgerechte Verkehrspolitik.

Kirchenkreis Siegen Menschenkette für friedliches Miteinander geplant Siegen (epd).

Mit einer großen Menschenkette wollen die Kirchen in Siegen für ein friedliches Miteinander der Religionen werben. Am 14. August sei geplant sollen sich mehr als 2.000 Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen die Hände zu einem Band des Vertrauens reichen, wie der Evangelische Kirchenkreis Siegen ankündigte. Initiator der Aktion »Hand in Hand in Siegen« ist der Runde Tisch der Religionen, der unter anderem von der Evangelischen und der Katholischen Kirche, Moscheevereinen, Schulen und Gewerkschaften unterstützt wird. Internet: www.fuereinandereinstehen.de

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 26_2015 Seite _12

Expertin: Kinder leiden besonders unter Kriegstraumata Hannover/Düsseldorf (epd).

Die Trauma-Expertin Dima Zito hat zum bevorstehenden Weltflüchtlingstag (20. Juni) auf die schwierige Lage der weltweit rund 25 Millionen Flüchtlingskinder aufmerksam gemacht. Je jünger ein Mensch sei, desto schwerer könne er die in Kriegen oder auf der Flucht erlittenen seelischen Traumata verarbeiten, sagte die Düsseldorfer Therapeutin dem Evangelischen Pressedienst (epd). Der Anteil der vertriebenen und geflüchteten Kinder, die seelische Verletzungen erlitten hätten, liege vermutlich noch höher als bei den Erwachsenen. Studien hätten bei Flüchtlingen über 18 Jahren eine Quote von 40 Prozent ergeben. Kinder würden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung von unverarbeiteten Traumata stark beeinträchtigt. »Ihre Selbstheilungskräfte sind noch nicht ausgereift«, betonte die Expertin. Sie hätten ein höheres Risiko, Folgeerkrankungen zu entwickeln wie etwa posttraumatische Belastungsstörungen. »Deshalb ist es umso wichtiger, dass sie Hilfen und Therapien erhalten.« Zito ist spezialisiert auf die Behandlung von Kindern und Jugendlichen und arbeitet im Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Düsseldorf. Sie ist Hauptreferentin in einem Symposium des Kinderhilfswerks terre des hommes am Donnerstag und Freitag in Hannover. Viele Mädchen und Jungen lebten in Lagern oder unter prekären Bedingungen im Libanon, Jordanien, der Türkei oder in Nordafrika, unterstrich Zito. Die Situation dort sei ein fortwährender Ausnahmezustand ohne Sicherheit, häufig ohne geregelten Alltag und ohne Schulbesuch - Dinge, die für eine Gesundung der Kinder wichtig wären. »Nur wenige schaffen es nach Europa und Deutschland. Die Fluchtwege sind ihnen verschlossen.« Doch auch in Deutschland sei die Situation der Flüchtlingskinder alles andere als gesundheitsfördernd, kritisiert die Expertin. Sie wohnten oft über lange Zeit in Erstaufnahmelagern und Sammelunterkünften. »Da kommen sie nicht aus der permanenten Anspannung heraus, in der sie sich seit dem Verlassen der Heimat befinden.« Sie erlebten zudem die Anspannung der Eltern. »Und das schlimmste ist, dass sie immer wieder mitbekommen, dass Bewohner abgeschoben werden.« Deshalb sei es umso wichtiger, wenn haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter sich mit den Kindern beschäftigten, mit ihnen spielten und ihnen ein wenig Normalität vermittelten. Zito bemängelte außerdem, in Deutschland gebe es zu wenige Therapieplätze für traumatisierte Flüchtlingskinder. »Schon eine Diagnose ist manchmal schwierig, weil die Symptome nicht eindeutig sind und Kinder eine lange Zeit scheinbar funktionieren.« In den ersten 15 Monaten bis zum Erhalt einer Krankenkassenkarte sei es für Flüchtlinge zudem schwierig, überhaupt eine Behandlung genehmigt zu bekommen. Die Weigerung der Krankenkassen, die Dolmetscherkosten für eine Psychotherapie zu übernehmen, habe mitunter fatale Folgen: »Jugendliche, die selbst traumatisiert sind, übersetzen für ihre Eltern in der Psychiatrie.« *epd-Gespräch: Martina Schwager* **Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Navid Kermani Börsenverein würdigt »eine der wichtigsten Stimmen unserer Gesellschaft« Navid Kermani epd-bild / Gutmann Berlin/Köln** (epd). Der Autor Navid Kermani (47) erhält den Friedenspreis des

Deutschen Buchhandels 2015. Der deutsch-iranische Schriftsteller und Orientalist sei »eine der wichtigsten Stimmen in unserer Gesellschaft, die sich mehr denn je den Erfahrungswelten von Menschen unterschiedlichster nationaler und religiöser Herkunft stellen muss«, sagte der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Heinrich Riethmüller, am Donnerstag zur Eröffnung der Buchtage Berlin. Der mit 25.000 Euro dotierte Preis wird am 18. Oktober in der Frankfurter Paulskirche verliehen. Die Romane und Essays des in Köln lebenden Autors, insbesondere seine Reportagen aus Krisengebieten, zeigten, wie sehr er sich der Würde des einzelnen Menschen und dem Respekt für die verschiedenen Kulturen und Religionen verpflichtet weiß, sagte Riethmüller. Kermani setze sich für eine offene europäische Gesellschaft ein, die auch Flüchtlingen Schutz biete. Seine wissenschaftlichen Arbeiten wiesen Kermani als Autoren aus, der mit großer Sachkenntnis in die theologischen und gesellschaftlichen Diskurse eingreifen könne. Der in Siegen als Sohn iranischer Eltern geborene Kermani studierte Islamwissenschaften, Philosophie und Theaterwissenschaft. Neben seiner Tätigkeit als Dramaturg in Mülheim an der Ruhr und Frankfurt am Main in den 1990er Jahren schrieb er Literaturkritiken und Reportagen. 1994 gründete er im iranischen Isfahan ein internationales Kulturzentrum, das 1997 wieder schließen musste. 2005 habilitierte Kermani im Fach Orientalistik. Als freier Schriftsteller veröffentlichte er unter anderem »Schöner neuer Orient. Berichte von Städten und Kriegen« (2003), die Romane »Dein Name« (2011) und »Große Liebe« (2014), die Reportagen »Ausnahmestand. Reisen in eine beunruhigte Welt« (2013) und das Werk »Zwischen Koran und Kafka. West-östliche Erkundigungen« (2014). Für sein Werk erhielt Kermani zahlreiche Preise, darunter die Buber-Rosenzweig-Medaille (2011), den Heinrich-von-Kleist-Preis (2012) und den Joseph-Breitbach-Preis (2014). 2009 erhielt er den vier Religionsvertreter zugesprochenen Hessischen Kulturpreis nach einer Kontroverse mit dem Mainzer Kardinal Karl Lehmann und dem ehemaligen hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Peter Steinacker um einen Artikel zum Kreuz Christi erst nach einigen Monaten Verzögerung verliehen. Im vergangenen Jahr sprach Kermani anlässlich der Verkündung des Grundgesetzes vor 65 Jahren vor dem Deutschen Bundestag und kritisierte die Asylgesetzgebung.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 26_2015 Seite 41

Kolumbien Guerilla will Kindersoldaten entlassen Rio de Janeiro (epd).

Die kolumbianische Guerillagruppe Farc hat angekündigt, alle Kämpfer unter 15 Jahren in ihren Reihen staatlichen Stellen übergeben zu wollen. Es fehle lediglich ein entsprechendes Abkommen mit der Regierung, erklärte die linke Rebellenorganisation am 15. Juni in einem Kommuniqué. Man hoffe, dass eine solche Vereinbarung im nächsten Verhandlungszyklus unterschrieben werde. Beide Seiten verhandeln seit gut zwei Jahren in der kubanischen Hauptstadt Havanna über ein Ende des 50 Jahre währenden Krieges. Die Farc steht im Verdacht, auch Minderjährige für den Dienst an der Waffe zu rekrutieren. In ihrer Erklärung bezeichnete die Guerilla die Jugendlichen als »Flüchtlinge«, die sich in ihren Lagern aufhielten. Sie forderte die Behörden auf, die im Abkommen festgelegten Richtlinien zum Schutz der Minderjährigen einzuhalten, wie der Hörfunksender RCN berichtete. Die Guerilla hat bereits zugesagt, keine Jugendlichen unter 17 Jahren mehr zu rekrutieren. Präsident Juan Manuel Santos nannte das Vorhaben einen wichtigen Schritt, zeigte sich aber skeptisch bezüglich der Umsetzung. Der Friedensdialog mit der Farc wird derzeit durch neue opferreiche Gefechte überschatten. Allein vergangene Woche töteten Farc-Guerilleros mindestens fünf Polizisten. Im Mai tötete die Armee über 40 Guerilleros, woraufhin die Farc ihren einseitigen Waffenstillstand aufkündigte. Der Konflikt zwischen Guerillagruppen, Armee und rechtsextremen Paramilitärs

entzündete sich in der 60er Jahren an Landkonflikten und sozialer Ungerechtigkeit. Mehr als 220.000 Menschen wurden während des Krieges getötet, Millionen aus ihren Dörfern vertrieben.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 26_2015 Seite _41

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Aus der aktuellen Ausgabe (17.06.2015) des Newsletters

Dossier Islamismus

Syrien-Ausreisende und -Rückkehrer

Fast 700 Personen aus Deutschland zwischen 13 und 63 Jahren sind nach Syrien gereist, um sich der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) anzuschließen. Die meisten sind zwischen 16 und 25 Jahre alt. Was motiviert sie, für den IS zu morden? Wie sollen wir mit den Rückkehrern umgehen?

<http://www.bpb.de/207441>

Kurz dossier Zuwanderung, Flucht und Asyl

Deutsche Asylpolitik und EU-Flüchtlingsschutz im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

2014 befanden sich weltweit rund 52 Millionen Menschen auf der Flucht. Auch in Deutschland ist die Zahl der Asylanträge deutlich gestiegen. Die deutsche Asylpolitik ist im Rahmen des internationalen Flüchtlingsrechts und des gemeinsamen Systems des Flüchtlingsschutzes in der EU zu betrachten.

<http://www.bpb.de/207542>

Fluter.de

Pressefreiheit

Der Wert der Pressefreiheit wird oft erst bewusst, wenn gegen sie verstoßen wird. So wie im Falle des saudischen Bloggers Raif Badawi, der zu zehn Jahren Haft und 1000 Stockhieben verurteilt worden ist. Aber auch in Deutschland können Medien nicht immer frei berichten. Manchmal fangen die Probleme schon beim Schulblog an. fluter.de macht Pressefreiheit zum Thema.

<http://www.fluter.de/de/146/thema> PUBLIKATIONEN

Aus Politik und Zeitgeschichte

Flucht und Asyl

Weit über 50 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht, die Hälfte davon sind Minderjährige. Auch wenn nur ein kleiner Anteil davon in Europa Schutz sucht, fordern die stark steigenden Asylbewerberzahlen die bisherigen Strukturen und Verfahren heraus.

<http://www.bpb.de/208034>

Schriftenreihe

Pegida

Demonstration, Protest oder Frustration? Seit Oktober 2014 ziehen, mit wechselndem Zulauf, Menschen unter dem Sammelnamen PEGIDA durch Deutschlands Großstädte. Welche Anliegen haben sie? Wer reißt sich in die Märsche ein und warum? Dieser Zwischenbericht bietet Einsichten und Beobachtungen.

<http://www.bpb.de/208095>

Schriftenreihe

Alle da! Unser kunterbuntes Leben.

»Alle da! Unser kunterbuntes Leben« ist das erste Kinderbuch aus der bpb-Schriftenreihe. Mit bunten Illustrationen bringt es Kindern ab fünf Jahren einfühlsam die Themen Migration, Flucht und kulturelle Vielfalt näher.

<http://www.bpb.de/207497>

Schriftenreihe

Foodmonopoly

Hauptsache billig? Viele Verbraucher erwarten die ganzjährige Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu Niedrigpreisen. Die Kehrseite: Raubbau an Böden, unmenschliche Arbeitsbedingungen, Produktion zulasten der Armen. Das Buch schaut hinter die Kulissen der Lebensmittelproduktion.

<http://www.bpb.de/207417>

Dokumentation

Erinnern lernen. Lernen durch Erinnern

Erinnerungskultur ist im Wandel. Der Verlust von Zeitzeugen, die Bedeutung neuer Medien und die zunehmende Migration in einer globalisierten Welt - dies alles sind Einflussfaktoren, welchen die historisch-politische Bildungsarbeit Rechnung tragen muss. Wie nachhaltige didaktische Antworten auf die gegenwärtigen Fragestellungen aussehen können, wurde auf dieser Fachtagung am 27. und 28. April 2015 in Vorträgen, Panels und Workshops diskutiert und erarbeitet.

<http://www.bpb.de/207304>

Klimakonferenz Pilger fordern Klimagerechtigkeit

Hannover (epd). Mit einem Pilgerweg zur Weltklimakonferenz in Paris wollen Kirchen, Entwicklungsdienste, Missionswerke und andere kirchliche Verbände mehr Klimagerechtigkeit und Solidarität mit armen Menschen in Entwicklungsländern fordern. Unter dem Motto »Geht doch!« wollen die Pilger am 13. September in Flensburg starten und am 27. November Paris erreichen, wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 10. Juni mitteilte. Der UN-Klima-Gipfel findet vom 30. November bis zum 11. Dezember statt. Klimaschutz und globale Gerechtigkeit »gehören eng zusammen«, sagte EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm. Der katholische Erzbischof von Bamberg, Ludwig Schick, ergänzte, gemeinsames Pilgern biete die Möglichkeit, »spirituelle Besinnung mit politischem Engagement zu verbinden«. Beide Bischöfe sind Schirmherren der Aktion. Bereits derzeit sei deutlich, dass ärmere und schwächere Menschen die Hauptlast der Folgen des Klimawandels tragen müssten, und nicht diejenigen, die durch die Emission von Treibhausgasen am stärksten zum Klimawandel beigetragen hätten, schreiben die Veranstalter. Auf dem Pilgerweg über Hamburg, Bremen, Dortmund, Remagen, Perl und Montmirail kann jeder mitgehen, der Tagesetappen von 20 bis 25 Kilometern bewältigen kann, einzelne oder mehrere

Tage oder auch die ganze Strecke. Kirchengemeinden und andere Gruppen werden den Angaben zufolge einfache Schlafgelegenheiten zur Verfügung stellen, insgesamt sollen die Pilger auf dem Weg ein Leben »mit begrenzten natürlichen Ressourcen« führen. Anmeldungen unter www.klimapilgern.de sind ab sofort möglich. Unterwegs wollen die Pilger Kommunen und Projekte besuchen, die bereits klimafreundlich leben. Zudem wollen sie Orte besichtigen, an denen mit Blick auf das Klima noch viel zu tun ist. Dazu gehören Kohlekraftwerke. Die Teilnehmer des G-7-Gipfels haben gerade einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohle angekündigt.

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _7

EKD-Friedensbeauftragter: Thema Frieden kam auf Kirchentag zu kurz

Bremen/Bonn (epd). Das Thema Frieden ist nach Ansicht des evangelischen Friedensbeauftragten Renke Brahms auf dem zurückliegenden Evangelischen Kirchentag in Stuttgart zu kurz gekommen. »Die Stimme der Pazifisten und Querdenker in Sachen Frieden darf nicht an den Rand gedrängt werden«, mahnte der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 9. Juni in Bremen. Er bedauere sehr, dass das »Zentrum Frieden« nicht in das Hauptprogramm aufgenommen worden sei. »Das müssen wir im Vorfeld des nächsten Kirchentages gemeinsam besser machen.« Der Kirchentag endete am Sonntag mit einem zentralen Gottesdienst. Brahms kündigte Gespräche mit der Kirchentagsleitung für den Herbst an. Dabei gehe es nicht um Schuldzuweisungen. Es müsse jedoch deutlich werden, dass »das Thema Frieden künftig wieder eine zentrale Rolle bei den Kirchentagen spielt«. Brahms ist auch theologischer Repräsentant der Bremischen Evangelischen Kirche. In der Stuttgarter Friedenskirchengemeinde hatten rund 40 Friedensgruppen ein eigenes »Zentrum Frieden« mit mehr als 60 Veranstaltungen organisiert. Allerdings wurde dieses Zentrum nicht im offiziellen Kirchentagsprogramm erwähnt. Brahms dankte den Verantwortlichen des Zentrums. Es sei wichtig, »gelingenden Beispielen von gewaltfreien Konfliktlösungen einen prominenten Ort auf dem Kirchentag einzuräumen«. An dem Christentreffen in der badenwürttembergischen Landeshauptstadt hatten sich rund 97.000 Dauerteilnehmer beteiligt. Der nächste Kirchentag wird 2017 zum 500-jährigen Reformationsjubiläum in Berlin und Wittenberg gefeiert.

Ökumene Friedensgebet für verfolgte Christen

Münster (epd). In Münster findet ein Ökumenisches Friedensgebet für verfolgte Christen weltweit statt. Am 19. Juni laden der Evangelische Kirchenkreis Münster und das katholische Stadtdekanat in den St. Paulus-Dom ein, wie das Bistum Münster am Freitag ankündigte.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _8

Papst ruft Putin zu »ehrlichen Friedensbemühungen« auf



Putins Privataudienz beim Papst. epd-bild / Stefano Dal Pozzolo

Rom (epd). Papst Franziskus hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu »ehrlichen und umfassenden Friedensbemühungen« in der Ukraine aufgerufen. Die Ukraine-Krise stand Vatikanangaben vom 10. Juni zufolge im Mittelpunkt der 50-minütigen Privataudienz für Putin in Rom. Der Präsident, der zuvor mit dem italienischen Ministerpräsident Matteo Renzi die Weltausstellung Expo in Mailand besucht hatte, war mit erheblicher Verspätung im Vatikan eingetroffen. Der Papst und Putin betonten der Mitteilung zufolge gemeinsam die Notwendigkeit, dass alle Konfliktparteien in der Ukraine sich um die Umsetzung des Minsker Abkommens bemühen sollten. Vorrang habe für beide die Suche nach einer Lösung der humanitären Krise. Dabei müsse vor allem der Zugang von Hilfsorganisationen zu den betroffenen Regionen gesichert werden, um eine »schrittweise Entspannung« in der Region zu erreichen, hieß es anschließend in einer Vatikanerklärung. Im Hinblick auf die Konflikte in Syrien und im Irak bekräftigten der Papst und Putin demnach Forderungen nach verstärkten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Friedenslösungen. Dabei müssten die Lebensbedingungen aller gesellschaftlichen Gruppen inklusive der religiösen Minderheiten, darunter insbesondere der Christen, garantiert werden. Der russische Außenminister Sergej Lawrow traf den Angaben zufolge gleichzeitig mit Vertretern des vatikanischen Staatssekretariats zu Gesprächen über die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten zusammen. Franziskus begrüßte Putin am Beginn der Begegnung auf Deutsch mit »Willkommen!« Mit den Worten »Das ist der Friedensengel, der alle Kriege gewinnt und von Solidarität unter den Völkern spricht«, überreichte er dem russischen Präsidenten ein Medaillon mit einer Engelsdarstellung. Putin übergab dem Papst eine mit Goldfaden gestickte Darstellung der Moskauer Erlöserkirche mit den Worten, diese sei zu Sowjetzeiten zerstört und später wieder aufgebaut worden. Putin fuhr in einer Mercedes-Stretch-Limousine mit einer umfangreichen Delegation in zwölf weiteren Wagen in den Vatikan ein - mit 70-minütiger Verspätung. Der russische Präsident war bereits im Herbst 2013 mit Franziskus zusammengetroffen, damals stand Syrien im Mittelpunkt der Gespräche. Bei seiner eintägigen Italienreise hatte Putin zuvor Ministerpräsident Matteo Renzi getroffen. Beide Seiten hatten dabei angesichts der EU-Sanktionen gegen Russland gemeinsame Interessen betont. Im Anschluss an den Besuch im Vatikan traf Putin mit dem italienischen Präsidenten Sergio Mattarella zusammen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _15

Protest gegen Deutsche Bank »Ordensleute für den Frieden« errichten zum Jubiläum eine Slumhütte

Frankfurt a.M. (epd). Die »Initiative Ordensleute für den Frieden« (IOF) hat am 11. Juni vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt am Main eine Slumhütte und ein »Tor der Gerechtigkeit« errichtet. Damit wolle der Zusammenschluss von rund 20 Christen und Nichtchristen gegen das ungerechte kapitalistische

Wirtschaftssystem protestieren, in dem sich einige wenige Reiche auf Kosten der vielen Armen bereicherten, sagte der IOF-Sprecher Gregor Böckermann. Die IOF erinnerte mit der Aktion an den Beginn der monatlichen Mahnwachen vor den Doppeltürmen der Deutschen Bank vor 25 Jahren. Bereits 1990 habe die Initiative dort eine solche Hütte errichtet, berichtete Böckermann. »Die Idee dazu kam von Günter Grass. Der Schriftsteller hatte nach einem Aufenthalt im indischen Kalkutta über die katastrophalen Zustände in den Elendsvierteln der Stadt geschrieben und die Überzeugung geäußert, dass die Bretterverschläge der Armen die großen Glaspaläste der Banken überdauern werden.« Jetzt schließe sich der Kreis, sagte Böckermann. Die »Initiative Ordensleute für den Frieden« gründete sich 1983, um gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost und West zu demonstrieren. Seit 1990 hält sie an jedem ersten Donnerstag im Monat eine Mahnwache vor der Zentrale der Deutschen Bank an der Frankfurter Taunusanlage. Außerdem traten die Ordensleute in regelmäßigen Abständen mit besonderen Aktionen an die Öffentlichkeit. So leerten sie etwa 1998 unter dem Motto »Geld stinkt doch!« einen Kanister mit 20 Litern Gülle vor dem Haupteingang der Deutschen Bank aus. 2005 klauten sie der milliarden schweren Quandt-Familie in Bad Homburg ein Stück Rasen mit der Botschaft »Wenn den Armen geholfen werden soll, müssen die Superreichen zur Kasse gebeten werden«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _39

Studie: Kinder pulen Garnelen für Europa

Osnabrück (epd). Tausende Kinder müssen laut einer Studie in Thailand täglich bis zu zehn Stunden Garnelen schälen. Die Meeresfrüchte landeten auch auf den Tellern europäischer Verbraucher, erklärte das Kinderhilfswerk »terre des hommes«. »Wir appellieren deshalb anlässlich des Welttages gegen Kinderarbeit am 12. Juni an die Bundesregierung, sich für ein Ende dieser Form der Ausbeutung einzusetzen«, sagte die Vorsitzende Danuta Sacher. Der Welttag wurde 2002 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ausgerufen, um ein kritisches Bewusstsein für die weltweite Ausbeutung von Kindern zu schaffen. Die EU müsse als wichtiger Handelspartner Thailands ihren Einfluss gegenüber der dortigen Regierung geltend machen, forderte Sacher. Die Politiker müssten auf nachprüfbare Schritte zum Schutz der Rechte von Migrantenkindern bestehen. Denn die meisten der Kinder stammten der Studie zufolge aus dem armen Nachbarland Myanmar. Von dort kämen sie mit Hilfe von Schleusern nach Thailand. Als illegale Migranten seien sie der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Sacher forderte auch die internationalen Garnelenhändler auf, dafür zu sorgen, dass soziale Mindeststandards in der Shrimp-Industrie eingehalten und angemessene Löhne gezahlt würden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssten davon ihre Familien ernähren können, so dass sie nicht auf die Mitarbeit von Kindern angewiesen seien. »Das mag dazu führen, dass die Preise für Garnelen in Europa steigen«, sagte die Vorsitzende des Hilfswerks. »Doch unsere Erfahrungen aus dem Bereich von Textilien zeigen, dass Verbraucher höhere Preise akzeptieren, wenn schädliche Kinderarbeit ausgeschlossen und ein fairer Lohn für Erwachsene gezahlt wird.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _50

Westfälische Kirche gratuliert zu 40 Jahren »Oikocredit«

Berlin/Dortmund (epd). Die Evangelische Kirche von Westfalen hat die Entwicklungsbank »Oikocredit« anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens gewürdigt. Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft sei Pionier und Marktführer im Bereich der Mikrokredite, erklärte das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der westfälischen Kirche. Die Landeskirche hat im Jubiläumsjahr ihre Anlagen bei Oikocredit um 500.000 Euro erhöht hat, wie es hieß. Bei der jährlichen Generalversammlung der

Entwicklungsbank am Donnerstag in Berlin wurde der 40. Geburtstag mit internationalen Teilnehmern gefeiert. Pfarrer Dietrich Weinbrenner vom MÖWe-Amt überbrachte die Glückwünsche der westfälischen Kirche: »Wir sind stolz darauf, dass unsere Kirche seit 1987 Direkt-Mitglied von Oikocredit ist.« Auch alle westfälischen Kirchenkreise und viele der Kirchengemeinden seien Mitglieder bei Oikocredit. 28 Millionen Menschen seien durch »Oikocredit« erreicht worden, sie fühlten sich dabei als Partner und nicht als Almosenempfänger angenommen. »Wir sehen sie als Menschen, die ihre je eigenen Fähigkeiten haben, mit denen sie ihre Lebensbedingungen verbessern können. Dabei unterstützen wir sie«, hieß es in dem Grußwort. Dieses Engagement entspreche der christlichen Grundüberzeugung, »dass wir den verantwortlichen Umgang mit Geld als Teil unserer Ethik begreifen«. Oikocredit war 1975 auf Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen gegründet worden. In 40 Jahren wurden nach eigenen Angaben 1.600 Partnerorganisationen mit mehr als zwei Milliarden Dollar unterstützt. Bisherige Schwerpunkte sind Mikrofinanz- und Landwirtschaftsprojekte. Zu einem neuen Schwerpunkt baute Oikocredit im vergangenen Jahr erneuerbare Energien aus. epd-West kat

Nigeria Bischof sieht erste Erfolge im Kampf gegen Boko Haram

Aachen (epd). Der nigerianische Bischof Oliver Dashe Doeme sieht erste Erfolge der neuen Regierung von Präsident Muhammadu Buhari im Kampf gegen die islamistische Miliz Boko Haram. Viele Dörfer seien schon befreit, berichtete der katholische Geistliche am 10. Juni bei seinem Besuch des katholischen Missionswerks missio in Aachen. »Allmählich kehren die Bewohner zurück, auch Christen, das ist eine gute Nachricht«, sagte er nach Angaben von missio. Die Menschen seien aber noch traumatisiert, erklärte Doeme. Der Bischof leitet die katholische Diözese Maiduguri im Nordosten Nigerias, die besonders von der Gewalt von Boko Haram betroffen ist. Nach seinen Worten wurden in der Region etwa 100 Kirchen zerstört und rund 500 katholische Christen getötet. Jugendliche würden von Boko Haram zwangsrekrutiert. »Wir brauchen Unterstützung und Teams, um den traumatisierten Menschen jetzt zu helfen, aber auch, um später friedensbildende Maßnahmen, Aussöhnungsprozesse und interreligiöse Verständigung professionell in Gang zu setzen«, forderte Bischof Doeme. Auch missio-Mitarbeiter Matthias Vogt appellierte an die Bundesregierung und die internationale Weltgemeinschaft, nicht nur den militärischen Kampf gegen Boko Haram im Blick zu haben. Es müsse jetzt schon überlegt werden, »wie ein Versöhnungsprozess in Nigeria nach einem möglichen Ende des Terrors vorbereitet werden kann«. Dafür müssten auch Mittel bereitgestellt werden, betonte Vogt. Nigerias neuer Präsident Muhammadu Buhari hatte nach seinem Amtsantritt Ende Mai einen harten Kampf gegen den Terrorismus angekündigt. Unter anderem will er das Hauptquartier der Armee von der Hauptstadt Abuja nach Maiduguri verlegen. Die islamistische Gruppe Boko Haram hat nach Schätzungen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch allein in diesem Jahr mehr als 1.000 Menschen getötet. Zudem entführte sie Hunderte Menschen, meist Frauen und Kinder.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _52

Etwa 500 Atomwaffen weniger weltweit

Stockholm (epd). Die Zahl der Atomwaffen ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Allerdings trieben die meisten Atommächte eine Modernisierung ihrer Arsenale voran, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in seinem an diesem Montag veröffentlichten Jahrbuch schreibt. Zu Beginn dieses Jahres seien neun Staaten im Besitz von schätzungsweise 15.850 Nuklearwaffen gewesen: die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Das seien 500 Sprengköpfe weniger als vor einem Jahr. Die liege vor allem an der Reduktion in Russland um 500 Sprengköpfe. Andere Länder wie China, Indien und Pakistan haben ihre Produktion aufgerüstet. In seinem Jahrbuch bewertete das Institut auch die Militärmissionen der Vereinten Nationen, die im vergangenen Jahr um drei auf 62 weltweit stiegen. Angesichts der zahlreichen Krisen sei es zu begrüßen, dass die UN ihr Engagement erhöhten, hieß es in dem Bericht. Zwar sei die Zahl der an den Einsätzen beteiligten Personen insgesamt um 20 Prozent auf 162.052 zurückgegangen. Doch das liege am Ende der Isaf-Mission in Afghanistan. Ohne Berücksichtigung von Isaf sei die Zahl um vier Prozent gestiegen. »Trotz aller Kritik und allem Pessimismus sind die Friedenseinsätze auffallend erfolgreich«, sagte der Sipri-Forscher Jair van der Lijn. Die internationale Gemeinschaft investiere zunehmend in solche Einsätze, weil sie in vielen Fällen das

beste verfügbare Mittel zur Krisenlösung blieben. Die Zahl der Konflikte war die höchste seit dem Jahr 2000. Trotz weltweiter Bemühungen um Abrüstung vergrößerten im vergangenen Jahr mehrere Länder ihre Atomwaffenarsenale. Während Russland deutlich abrüstete und die USA 40 Sprengköpfe weniger meldete, erweiterten China, Indien und Pakistan ihre Produktion. Russland besaß Anfang des Jahres demnach 7.500 Sprengköpfe, die USA 7260. China erhöhte die Zahl der Sprengköpfe von 250 auf 260. Pakistan besitzt nach Schätzungen 100 bis 120, Indien 90 bis 110 Atomwaffen. Weltweit sind derzeit 4.300 Nuklearwaffen an militärischen Einsatzorten oder auf Raketen montiert. Deren Anzahl stieg laut SIPRI innerhalb eines Jahres um 300 Stück. »Trotz des internationalen Interesses, nukleare Abrüstung vorrangig zu behandeln, zeigen die Modernisierungsprogramme in den Ländern mit Atomwaffenbesitz, dass keiner von ihnen seine Arsenale in absehbarer Zukunft aufgeben wird«, sagte der Sipri-Forscher Shannon Kile.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 25_2015 Seite _54

Bundeszentrale für politische Bildung

Rezension

Schriftenreihe "Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier"

Studienreferendar Sebastian Staack erklärt, wie die Schriftenreihe "Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier" im Unterricht eingesetzt werden kann.

<http://www.bpb.de/207038>

Deutschland Archiv

Verwüstetes Land: Die Sowjetunion nach Holocaust und Krieg

In seinem Essay beschreibt Jörg Baberowski die Situation im Osten Europas nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland und seine Verbündeten. Er erinnert damit an ein in Deutschland vernachlässigtes Kapitel der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Europas - das verspätete Kriegsende in Osteuropa.

<http://www.bpb.de/207010> DVD

Mit Satire gegen Rechtsextremismus

Die Filmclips "NNN - Neueste Nationale Nachrichten" der NDR-Sendung "extra 3" dienen als satirischer Einstieg, um sich in der schulischen und außerschulischen Bildung mit dem Thema "Rechtsextremismus" zu beschäftigen.

<http://www.bpb.de/207167>